

Die Auseinandersetzung mit der kommunistischen Vergangenheit in Litauen

Tauber, Joachim

Veröffentlichungsversion / Published Version
Forschungsbericht / research report

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Tauber, J. (1997). *Die Auseinandersetzung mit der kommunistischen Vergangenheit in Litauen*. (Berichte / BIOst, 28-1997). Köln: Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-43051>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Die Meinungen, die in den vom BUNDESINSTITUT FÜR OSTWISSENSCHAFTLICHE UND INTERNATIONALE STUDIEN herausgegebenen Veröffentlichungen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

© 1997 by Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Köln

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung - auch auszugsweise - nur mit vorheriger Zustimmung des Bundesinstituts sowie mit Angabe des Verfassers und der Quelle gestattet.

Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Lindenbornstr. 22, D-50823 Köln,
Telefon 0221/5747-0, Telefax 0221/5747-110; Internet-Adresse: <http://www.uni-koeln.de/extern/biost>

ISSN 0435-7183

Inhalt

	Seite
Kurzfassung.....	3
Historischer Hintergrund.....	9
Juristische Bewältigung der kommunistischen Zeit.....	12
Weiterbeschäftigung von Funktionsträgern im öffentlichen Dienst und im Wissenschaftsbereich.....	15
Rezeption der Vergangenheitsbewältigung in der Bevölkerung, in den Medien und in der Wissenschaft.....	16
Umgang mit Gedenkstätten und Opfern.....	19
Zwischen Resistenz und Kollaboration.....	20
Die politischen Parteien und die kommunistische Vergangenheit.....	22
Fazit	24
Summary	25

30. Juni 1997

Im Rahmen eines Projekts der Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages "Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozeß der Deutschen Einheit" entstand der vorliegende Bericht aus einem Forschungsauftrag des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien.

Der Verfasser ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut Nordostdeutsches Kulturwerk in Lüneburg.

Redaktion: Gerhard Simon

Joachim Tauber

Die Auseinandersetzung mit der kommunistischen Vergangenheit in Litauen

Bericht des BIOst Nr. 28/1997

Kurzfassung

Vorbemerkung

Litauen stellt wohl nicht nur insofern einen Sonderfall des Umganges mit der kommunistischen Vergangenheit dar, als die postkommunistische Partei zwischen 1992 und 1996 die stärkste politische Kraft im Lande war, sondern auch durch die spezifischen Komponenten, die dieser Partei den Weg an die Macht in einer demokratischen Wahl ebneten. Spätestens seit den 50er Jahren kann man von einer Lituanisierung der KPL sprechen; der Anteil von Litauern betrug seitdem kontinuierlich etwa 80% der Parteimitglieder. Zugleich lag die Zahl der Parteimitglieder in bezug auf die Gesamtbevölkerung der Sowjetrepublik immer unter dem Unionsdurchschnitt (5,25% der Bevölkerung der LSSR, Unionsdurchschnitt 6,25%).

Die litauische KP war die erste kommunistische Partei der Sowjetunion, die sich von der KPdSU für unabhängig und souverän erklärte (XX. Parteitag der KPL vom 19. bis 23. Dezember 1989). Von 1.038 Delegierten stimmten 855 für die Trennung von der KPdSU. Damit demonstrierte die Partei in deutlicher Weise, daß sie sich als litauische politische Gruppierung verstand; bis zum Wahlerfolg von Sajudis im März 1990 hatte sich die KPL in der litauischen Öffentlichkeit als – wenn auch weniger radikale – Verfechterin der litauischen Unabhängigkeit etabliert.

Der überwältigende Wahlsieg der inzwischen in LDDP (Lietuvos demokratinė darbo partija = Demokratische Arbeitspartei Litauens) umbenannten KPL im Herbst 1992 ist daher auch nicht als Rückkehr zum Sozialismus und als Absage an den litauischen Nationalgedanken zu bewerten, sondern findet seine Erklärung in der schwierigen wirtschaftlichen und sozialen Lage großer Teile der Bevölkerung, die den konservativen Kräften unter Vytautas Landsbergis angelastet wurde. Bei den Parlamentswahlen im Oktober 1996 erlitt die LDDP, da sie ihre innenpolitischen Versprechungen nicht erfüllen konnte und zudem in mehrere Skandale verwickelt war, eine schwere Niederlage.

Ergebnisse

1. *Juristische Bewältigung des kommunistischen Unrechts:* Im Zusammenhang mit dem Überfall russischer Spezialeinheiten auf die Fernsehstation in Vilnius, bei dem am 13. Januar 1991 13 unbewaffnete Menschen ermordet wurden, ermittelt die litauische General-

staatsanwaltschaft. Von den 51 Personen, die angeklagt wurden, befinden sich nur zwei in litauischem Gewahrsam. Hauptanklagepunkte sind die in den §§ 68 und 70 des litauischen Strafgesetzbuches (§ 68: Aufforderung zur gewaltsamen Verletzung der Souveränität der Litauischen Republik; § 70: Gründung verfassungsfeindlicher Organisationen) genannten Straftatbestände. Die beiden Angeklagten gehörten der Führung der moskautreuen KP Litauens an. Zuständig für die Anklageerhebung ist der Generalstaatsanwalt für organisiertes Verbrechen und Korruption. Der Prozeß begann im November 1996, ein Ende ist derzeit noch nicht abzusehen.

In Litauen gibt es weder einen speziellen Gerichtshof für kommunistische Verbrechen noch einen Parlamentsausschuß oder -kommission, die sich mit diesem Thema beschäftigen (zur KGB-Kommission s.u.).

2. *Umgang mit Unterlagen der Geheimdienste und der herrschenden kommunistischen Partei:* Die Unterlagen der KPL stehen der Öffentlichkeit und der historischen Forschung zur Verfügung. Zentrale Bestände befinden sich im Litauischen Staatsarchiv und im Archiv für die gesellschaftlichen Organisationen in Vilnius. In letzterem ist das Archiv der KPL aufgegangen. Auch auf regionaler Ebene ist der Zugang zu den Gebietsarchiven uneingeschränkt möglich. Überlegungen, ein besonderes Archiv mit Materialien der KP, des Innenministeriums und des KGB aufzubauen, wurden inzwischen eingestellt. Der Zugang zum KGB-Archiv steht den Benutzern offen. Gesperrt sind allein Personalakten aus jüngerer Zeit, die in Zusammenhang mit KGB-Mitarbeitern stehen.
3. *Weiterbeschäftigung von Funktionsträgern im öffentlichen Dienst und im Wissenschaftsbereich:* Im Dezember 1992 beriet das litauische Parlament über einen Gesetzentwurf, der alle überführten KGB-Agenten und Informanten von der Ausübung eines höheren öffentlichen Amtes für eine bestimmte Zeit ausschließen sollte. Die Vorlage, deren Wortlaut mehrfach Änderungen unterlag, wurde jedoch niemals verabschiedet. Federführend war die vom Seimas eingesetzte Kommission für die Untersuchung von KGB-Aktivitäten (die Kommission hat ihre Arbeit inzwischen eingestellt). Allein die in den Seimas und die kommunalen Parlamente gewählten Abgeordneten unterliegen einem Gesetz, durch das ihnen wegen nachgewiesener KGB-Mitarbeit nachträglich das Mandat entzogen werden kann.

Im Wissenschaftsbereich wurden die Lehrstühle für Marxismus-Leninismus und Parteigeschichte geschlossen. Das gesamte System der wissenschaftlichen Qualifikation wurde geändert, wobei die Wissenschaftlichkeit der Dissertationen überprüft werden sollte. Die hieraus resultierende soziale Mobilität zeigt sich etwa im historischen Bereich: Viele der an den Universitäten tätigen Lehrstuhlinhaber gehören der Generation der 60er Jahre an.

Im übrigen gab es im öffentlichen Dienst keinerlei Überprüfungen.

4. *Rezeption der Vergangenheitsbewältigung in der Bevölkerung, in den Medien und in der Wissenschaft:* Beim Umgang mit der sowjetischen Ära lassen sich klare Schwerpunkte der öffentlichen und wissenschaftlichen Diskussion erkennen. Im Vordergrund stehen die erste kommunistische Okkupation 1940/41 und die stalinistische Ära 1944/45 bis 1953.

Der Untergang des unabhängigen litauischen Staates 1939/40 ist durch die Veröffentli-

chung von Dokumenten und Erinnerungen ins Bewußtsein der Bevölkerung gerückt. Insbesondere in der Phase des Kampfes um die Unabhängigkeit ging es um die Widerlegung der Legende von einer litauischen "Revolution" 1940 und des "freiwilligen" Anschlusses an die Sowjetunion. Erstmals konnte offen über das Vorgehen der sowjetischen Sicherheitsorgane und die Massendeportationen von Litauern berichtet werden.

Die Deportationen gehören zu den zentralen Ereignissen unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg. Noch wichtiger für die öffentliche Bewußtseinsbildung wurde jedoch die Darstellung und Aufarbeitung der Partisanenkämpfe, die in Litauen ein beträchtliches Ausmaß erreichten und bis in die 50er Jahre anhielten. Der Kampf der "Waldbrüder" gegen die sowjetischen Besatzer bildet weiterhin den wichtigsten Bereich des Umganges mit der kommunistischen Zeit. Unzählige Fernsehberichte, Zeitungsartikel und Bücher sind zu diesem Thema erschienen. Ein wissenschaftliches Periodikum, der "Laisvės Kovos Archyvas" (Archiv des Freiheitskampfes), veröffentlicht Dokumente und Beiträge ausschließlich zum litauischen Widerstand.

Dagegen fehlen wissenschaftliche Arbeiten über die fast 50 Jahre Sowjetherrschaft, die sich der täglichen Herrschaftssicherung, der Kaderauswahl, sozialen Entwicklungen und dergleichen widmen, bisher nahezu völlig. Auch in den Massenmedien ist kein großes Interesse an diesen Gesichtspunkten feststellbar. Die Erforschung der kommunistischen Periode steckt damit – sieht man von den oben erwähnten Ausnahmen ab – noch in den Kinderschuhen.

5. *Umgang mit Gedenkstätten und Opfern:* Die Symbole sowjetischer Herrschaft, die Lenin-Statuen, sind in ganz Litauen unmittelbar nach dem gescheiterten Moskauer Putsch 1991 entfernt worden. Die Ehrenmäler der Roten Armee, die sich auf litauischem Territorium befinden, werden nur notdürftig gepflegt. Was mit diesen teilweise gigantischen Bauwerken (wie z.B. in Klaipėda) geschehen soll, war und ist Gegenstand regionaler Diskussionen.

In vielen Dörfern und kleinen Städten finden sich Gedenkstätten für die Opfer der Sowjetherrschaft auf den Friedhöfen, denn seit etwa 1989 wurden die in Massengräbern in den Wäldern verscharrten Partisanen exhumiert und unter großer Anteilnahme der Bevölkerung beigesetzt. In Vilnius selbst entdeckte man sowohl 1993 als auch 1996 bei archäologischen Arbeiten an der Burg des Gediminas Massengräber mit vom NKWD 1948/49 erschossenen Litauern. Besonderen Status besitzen auch die Gräber der im Januar 1991 ermordeten Zivilisten in Vilnius. Am Fernsehturm selbst existiert eine "inoffizielle" Trauerstätte, die regelmäßig von der Bevölkerung besucht und gepflegt wird. Auch am litauischen Parlament sind Teile der Barrikaden zur Erinnerung erhalten geblieben.

Einen herausragenden symbolischen Stellenwert besitzt das ehemalige KGB-Gebäude in Vilnius, das nun – nach langen innenpolitischen Debatten – ausschließlich als Museum für die Opfer des Genozids Verwendung finden soll; dort lagern auch die KGB-Archivalien.

Hohe Aufmerksamkeit genießen die als Nachkommen von Deportierten in der gesamten GUS lebenden Litauer. Die Unterstützung dieser Personengruppe durch den litauischen Staat wird einhellig von Regierung und Opposition gefördert. Die Vereinigung der politi-

schen Häftlinge und Vertriebenen Litauens (Lietuvos politinu kaliniu ir tremtiniu sajunga) ist sogar mit drei Abgeordneten im Seimas vertreten.

6. *Zwischen Resistenz und Kollaboration:* Aufgrund der oben geschilderten litauischen Spezifika ist die Grenzlinie zwischen Resistenz und Kollaboration fließend und durchaus schillernd. Viele Gründungsmitglieder von Sajudis gehörten beispielsweise der KPL an. Die unterschwellige nationale Ausrichtung der KPL machte es vielen Litauern, insbesondere Akademikern, möglich, in die Partei einzutreten, obwohl sie dem Herrschaftssystem kritisch gegenüberstanden. Die klare Mehrheit, die sich auf dem XX. Parteitag für den Bruch mit der KPdSU und für die litauische Souveränität entschied, illustriert diese Ausrichtung.

In der Bevölkerung gab es zweifellos massive Vorbehalte gegen das System: Wie sich ab 1988/89 zeigte, waren die Ereignisse von 1939/40 und 1944/1953 unvergessen. In einer Art von mündlicher Überlieferung wurde eine dem offiziellen Geschichtsbild konträr entgegengesetzte Interpretation tradiert. Zweifellos spielte hierbei auch die katholische Kirche eine bedeutende Rolle; die größte – seit 1972 erscheinende – Untergrundzeitschrift hieß nicht umsonst "Chronik der katholischen Kirche". Die Dissidentenbewegung in Litauen unterhielt enge Kontakte mit Moskauer Kreisen, unterschied sich von diesen jedoch in einem bestimmten Punkt: Ihr Ziel war die litauische Unabhängigkeit.

7. *Einschätzung der KP-Nachfolgeparteien:* Im Dezember 1989 hatte die KPL annähernd 200.000 Mitglieder. Die heutige LDDP verfügt nach eigenen Angaben über mehr als 8.000 Parteimitglieder. In ihren Parteiprogrammen spricht sich die LDDP unzweideutig für eine demokratische Staatsordnung aus und bezeichnet sich selbst als "parlamentarische, sozialdemokratisch orientierte Partei, die auf den Prinzipien der sozialistischen Internationale basiert. Ihr Hauptziel ist es, einen demokratischen Staat zu schaffen, in dem die Menschenrechte gesichert und geachtet werden". Ausdrücklich bezieht sich die ehemalige kommunistische Partei auf die Fortdauer des unabhängigen litauischen Staates der Zwischenkriegszeit und bezeichnet sich als in dieser Kontinuität stehend. Wirtschaftlich spricht sich die LDDP klar für die Prinzipien einer freien Marktwirtschaft aus, betont zugleich jedoch, sie sei für einen gut durchdachten, graduellen und schrittweisen Übergang im Bereich der Privatisierung.

Was die Ausrichtung der Partei anbelangt, ihren politischen Anspruch mittels demokratischer Mittel durchzusetzen, ist kein Zweifel angebracht. Die Parteispitze hat sich glaubwürdig für einen demokratischen Kurs entschieden, während bei den unteren Kadern sicherlich einiges von der alten Mentalität erhalten geblieben ist.

Eine Auseinandersetzung mit der eigenen kommunistischen Vergangenheit findet innerhalb der Partei praktisch nicht statt. Dies liegt vor allem daran, daß die Partei von Anfang an zu großen Teilen klar erkennbar für die litauische Autonomie und später für die Unabhängigkeit eintrat. Kommunismus läßt sich daher leicht als russische, den Litauern aufgezwungene "Errungenschaft" bezeichnen und so von der eigenen Mitwirkung ablenken. Zwar versucht die Opposition immer wieder, die LDDP polemisch mit ihrer KPL-Vergangenheit zu konfrontieren, doch große Resonanz findet dieses Vorgehen nicht; zu

deutlich hatte sich die heutige Parteiführung in den dramatischen Monaten der Jahre 1989 bis 1991 für Litauen entschieden.

Historischer Hintergrund

Litauen stellt wohl nicht nur insofern einen Sonderfall im Umgang mit der kommunistischen Vergangenheit dar, als die postkommunistische Partei zwischen 1992 und 1996 die stärkste politische Kraft im Lande war, sondern auch wegen der spezifischen Komponenten, die dieser Partei den Weg an die Macht in einer demokratischen Wahl ebneten. Spätestens seit den 50er Jahren kann man von einer Lituanisierung der LKP sprechen; der Anteil von Litauern betrug seitdem kontinuierlich zwischen 70 und 80% der Parteimitglieder.¹ Zugleich lag die Zahl der Parteimitglieder in bezug auf die Gesamtbevölkerung der Sowjetrepublik immer unter dem Unionsdurchschnitt (5,25% der Bevölkerung der LSSR, UdSSR 6,25%²).

Die litauische KP war auch die erste sozialistische Partei der Sowjetunion, die sich als von der KPdSU unabhängig und souverän erklärte (XX. Parteitag der LKP vom 19. bis 23. Dezember 1989). Von 1.038 Delegierten stimmten 855 für die Trennung von der KPdSU.³ Der eigentliche Wandel der LKP begann jedoch schon 1988 mit der Wahl von Algirdas Brazauskas zum Ersten Sekretär am 21. Oktober. Brazauskas, der als Wirtschaftsfachmann eine steile Parteikarriere durchlaufen hatte, seit 1977 im ZK für Wirtschaft zuständig war, besaß als einziges Mitglied des ZK den Mut, sich bei der Gründungsversammlung von Sajudis am 24. April 1988 der Öffentlichkeit zu stellen.⁴ Nach seiner Wahl besuchte der neue Generalsekretär den ersten Sajudis-Kongreß (22.-23. Oktober), wo er mit großem Beifall begrüßt wurde; seine erste Amtshandlung bestand darin, die berühmte Kathedrale von Vilnius der katholischen Kirche zurückzugeben.⁵

Mit der Übernahme der LKP-Führung durch Brazauskas beschleunigte sich ein Prozeß, der zwar schon zuvor begonnen hatte, nun aber erst seine eigentliche Dynamik gewann: die Auswechselung des Führungspersonals an der Spitze der Partei. Noch 1988 wurden die alten, während der Brežnev-Phase an die Macht gekommenen Funktionäre in den Ruhestand ge-

¹ Vgl. Romuald J. Misiunas und Rein Taagepera: *The Baltic States: Years of Dependence 1940-1990*, Berkeley and Los Angeles 1993, expanded and updated ed., S. 132ff.

² Vgl. Alfred Erich Senn: *Gorbachev's Failure in Lithuania*, New York 1985, S. 13.

³ Vgl. die offizielle Darstellung in: *Lietuvos demokratinės darbo partijos taryba* (Hrsg.): *Nepriklausomybės žingsniai* [Schritte zur Unabhängigkeit], Vilnius 1994, S. 9ff.

⁴ Vgl. dazu Algimantas Liekis: *LKP agonijos kronika* [Chronik des Todeskampfes der LKP], Teil I, Vilnius 1996, S. 7ff.; Senn, *Gorbachev's Failure*, wie Anm. 2, S. 21. Hierzu auch die unkritische Biographie von Rimgaudas Geleževičius: *Algirdas Mykolas Brazauskas*, in: Liudas Truska u.a.: *Lietuvos Respublikos prezidentai* [Die Präsidenten der Republik Litauen], Vilnius 1995, S. 420f.

⁵ Vgl. Senn, *Gorbachev's Failure*, wie Anm. 2, S. 42ff.; Liekis, *LKP*, wie Anm. 4, S. 25ff. Ausführlich zu dieser ersten Phase der Wiedererlangung der litauischen Unabhängigkeit und zur Entstehung von Sajudis Alfred Erich Senn: *Lithuania Awakening*, Berkeley 1990, S. 217ff.

schickt. Besonderes Aufsehen erregte die Ablösung des zweiten Sekretärs, des Russen Nikolaj Mitkin, der von Anfang an staatliche Gewaltmittel gegen Sajudis einsetzen wollte.⁶

Ein Jahr später, im Herbst/Winter 1989, hatte sich die Lage in Litauen völlig verändert: Sajudis, ursprünglich als parteinahe Gruppierung zur Durchführung der Perestroika gegründet,⁷ hatte sich zur Nationalbewegung entwickelt und die litauische Öffentlichkeit mobilisiert. Die LKP, und insbesondere ihr erster Sekretär, saß zwischen den Stühlen, denn einerseits betrachtete man von Moskau aus die litauische Entwicklung mit immer mehr Mißtrauen, andererseits übte Sajudis massiven Druck auf die LKP aus. Noch 1988 hatte die Partei wohl erwartet, Sajudis für die weiterhin antizipierte eigene "führende Rolle" in Gesellschaft und Politik instrumentalisieren zu können, jetzt befand man sich in der Rolle des Zauberschülers, der von der Dynamik der Entwicklung überrollt zu werden drohte.⁸

Andererseits hatte sich auch innerhalb der Partei sehr schnell eine an massiven und durchgreifenden Reformen orientierte Gruppierung gebildet, die bereits im März 1989 als Aufgabe formulierte: "Das wichtigste Ziel einer souveränen LKP ist die Gründung eines unabhängigen, demokratischen, litauischen Rechtsstaates, in dem die wichtigsten Werte die Menschenrechte, Humanismus, Demokratie und soziale Gerechtigkeit sind...."⁹ So wurde ein Weg beschritten, der im formalen Beschluß einer Trennung von der KPdSU seinen Abschluß fand. Wichtig für die Außenwirkung der nun souveränen LKP war, daß die moskautreuen Kommunisten sich noch während des Parteitages abspalteten und ihre eigene KP gründeten.¹⁰ Schon zuvor war eine von Moskau inspirierte Bewegung namens "Edinstvo" (Einheit) gegründet worden, in der vor allem Vertreter der russischen Minderheit aktiv waren. Edinstvo hatte sich die Rettung der Einheit der Union auf die Fahnen geschrieben.¹¹ Damit waren die Fronten – auch in den Augen der litauischen Öffentlichkeit – klar.

Mit der Abspaltung von der KPdSU demonstrierte die Partei in deutlicher Weise, daß sie sich als litauische politische Gruppierung verstand; bis zum Wahlerfolg von Sajudis im Februar 1990 hatte sich die LKP in der litauischen Öffentlichkeit als – wenn auch weniger radikale – Verfechterin der litauischen Unabhängigkeit etabliert. Die Partei hinkte mit ihrem Slogan "Li-

⁶ Der Posten des zweiten Sekretärs war traditionellerweise – bis auf eine kurze Ausnahme in den 50er Jahren – mit einem gebürtigen Russen besetzt. In Litauen waren die zweiten Sekretäre daher unter der Bezeichnung "Moskaus Generalgouverneur" bekannt. Zur Ablösung Mitkins vgl. Senn, Gorbachev's Failure, wie Anm. 2, S. 40ff.

⁷ Der ursprüngliche Name lautete "Litauens Bewegung für Perestroika" (Lietuvos persitvarkymo sajudis).

⁸ Ausführlich die Darstellung bei Liekis, LKP, wie Anm. 4, S. 8 ff.; Senn, Gorbachev's Failure, wie Anm. 2, S. 44ff.

⁹ Zit. nach Liekis, LKP, wie Anm. 4, S. 37. Algimantas Liekis gehörte selbst dieser Gruppierung an.

¹⁰ Da sich die Abspaltung während der Nacht vollzog, hießen die moskautreuen Kommunisten "naktininkiai", was im Deutschen nur unzulänglich mit die "Nächtlichen" wiedergegeben werden kann. Die Partei bezeichnete man in Litauen als "naktinė partija" (Partei der Nacht). Da ihre Vertreter immer wieder betonten, sie stünden auf der Grundlage der Plattform der KPdSU, bürgerte sich auch die Bezeichnung "platformininkai" ein. Im folgenden wird zur Unterscheidung die Bezeichnung LKP (KPdSU) für die moskautreuen Kommunisten verwendet, während LKP immer die souveräne Litauische Kommunistische Partei bezeichnet.

¹¹ Ausführlich zu Edinstvo und der LKP (KPdSU) Liekis, LKP, wie Anm. 4, S. 31ff.

tauen ohne Souveränität ist Litauen ohne Zukunft"¹² hinter der radikaleren Sajudis hinterher, zumal Brazauskas es vermied, eindeutig klarzumachen, welche Form die litauische Selbständigkeit haben sollte, d.h., wie weit man sie noch im Verband der Sowjetunion anstrebte und inwieweit sie sich nur auf ökonomische und kulturelle Belange bezog.¹³

So gelang es der LKP zwar, sich in eine nationale litauische Partei zu verwandeln, doch die Wahlen zum Obersten Sowjet der Republik im Februar 1990 endeten mit einem eindeutigen Sieg für Sajudis und führten unter Vytautas Landsbergis zur Erklärung der litauischen Unabhängigkeit am 11. März 1990. Die Deklaration wurde auch von allen LKP-Abgeordneten unterschrieben; während der schweren Zeit der Blockade und der dramatischen Ereignisse im Januar 1991, als offensichtlich geplant war, eine Präsidialherrschaft Gorbatschows in Litauen mit militärischer Gewalt zu schaffen,¹⁴ standen die litauischen Kommunisten ohne jegliches Zögern an der Seite der Regierung.

Das Wahlprogramm der inzwischen in LDDP (Lietuvos demokratinė darbo partija = Demokratische Arbeitspartei Litauens) umbenannten LKP¹⁵ für die Seimas-Wahlen im Herbst 1992 stand unter den Schlagworten "Darbas, darna, dora" (Arbeit, Harmonie, Sittlichkeit).¹⁶ Die LDDP zielte damit neben den für große Teile der Bevölkerung schwierigen Lebensbedingungen auf die Polarisierung der Gesellschaft durch die Politik der konservativen Regierung ab und stellte sich als versöhnendes, gemäßigteres Element dar. Außenpolitisch vertrat die LDDP eine zwischen West und Ost ausbalancierte Politik,¹⁷ wobei die Partei deutlich zu erkennen gab, daß bessere Beziehungen zu Moskau auch die Versorgungsengpässe lösen könnten. Innenpolitisch war es Ziel, die notwendigen Reformen ohne soziale Härten durchzuführen.¹⁸ Der überwältigende Wahlsieg der LDDP im Herbst 1992 ist daher auch nicht als Rückkehr zum Sozialismus und als Absage an den litauischen Nationalgedanken zu bewerten, sondern findet seine Erklärung in der miserablen wirtschaftlichen und sozialen Lage großer Teile

¹² Liekis, LKP, wie Anm. 4, S. 32.

¹³ Wobei natürlich zu bedenken ist, daß die LKP permanent gezwungen war, die Entwicklung in Litauen gegenüber Moskau zu erklären, und die Gefahr eines militärischen Eingreifens durch sowjetische Organe gegeben war. Insofern blieb Brazauskas gar nichts anderes übrig, als immer wieder vor allzu großer Radikalität zu warnen und eine langsame, mit Moskau abgestimmte Evolution anzumahnen.

¹⁴ Der genaue Ablauf der Ereignisse im Januar 1991 ist immer noch nicht vollständig aufgeklärt. Hierzu vor allem Senn, Gorbachev's Failure, wie Anm. 2, S. 127ff. Dazu auch die litauische Dokumentation K. Saja u.a. (verantw.): Lietuva 1991.01.13 – Dokumentai, liudijimai, atgarsai [Litauen 13.01.1991 – Dokumente, Zeugenaussagen, Reaktionen], Vilnius 1991.

¹⁵ Die Umbenennung erfolgte auf einem Sonderparteitag am 8. und 9. Dezember 1990 in Vilnius. Vgl. LDDP, wie Anm. 3, S. 34.

¹⁶ Die Begriffe "darna" und "dora" sind nicht adäquat in die deutsche Sprache zu übertragen. Beide Worte stehen in einem moralisch definierten positiven Umfeld: "dora" etwa bedeutet nicht nur "Sittlichkeit", sondern auch das "Gute", "Nützliche"; "darna" kann auch mit "Einklang" oder "Übereinstimmung" wiedergegeben werden.

¹⁷ Diese Politik wurde Ende 1993 massiv revidiert, als Litauen als erstes osteuropäisches Land, das Teil der Sowjetunion gewesen war, offiziell seine Mitgliedschaft in der NATO beantragte. Vgl. dazu Joachim Tauber: Litauen und die NATO, in: Osteuropa, 6, 1994, A 322ff.

¹⁸ Vgl. das ausführliche Wahlprogramm der LDDP, in: Tiesa, 196, 7.10.1992, S. 4ff.

der Bevölkerung, die den konservativen Kräften unter Vytautas Landsbergis angelastet wurde. Hinzu kam die große Popularität und Volkstümlichkeit des LDDP-Vorsitzenden Algirdas Brazauskas, die einen starken Kontrast zum eher zurückhaltenden Erscheinungsbild von Landsbergis bot. Und schließlich gab es nach den Vorgängen ab 1989 keinen Zweifel, daß die LDDP für ein unabhängiges Litauen stand.

So gewann der LDDP-Vorsitzende Brazauskas auch geradezu zwangsläufig die Wahlen zum Amt des litauischen Präsidenten, die am 14. Februar 1993 stattfanden. Da aufgrund des Artikels 83 der litauischen Verfassung der Präsident seine parteipolitischen Aktivitäten ruhen lassen muß, endete mit der Inauguration des Präsidenten am 25. Februar 1993 zugleich die Phase der Ära Brazauskas für die LDDP.

Da die LDDP in den Jahren 1992-1996 vor allem ihre innenpolitischen Zielsetzungen nicht erfüllen konnte und die Partei zudem durch viele Korruptionsskandale erschüttert wurde,¹⁹ erlitt sie bei den Seimas-Wahlen am 20. Oktober 1996 mit einem Stimmenanteil von knapp 10% eine katastrophale Niederlage, während den konservativen Kräften unter Vytautas Landsbergis die Rückkehr an die Macht gelang.²⁰ Die Amtszeit von Präsident Brazauskas endet allerdings erst 1998, was insofern von Bedeutung ist, als die litauische Verfassung dem Präsidenten eine große Machtfülle zubilligt. Es zeichnet sich in Litauen daher eine Konstellation ab, die der französischen *Kohabitation* ähnelt.²¹

Juristische Bewältigung der kommunistischen Zeit

Im Zusammenhang mit dem Überfall russischer Spezialeinheiten auf die Fernsehstation in Vilnius, bei dem am 13. Januar 1991 13 unbewaffnete Menschen ermordet wurden, ermittelt die litauische Generalstaatsanwaltschaft. Von den 48 Personen, die angeklagt wurden, befinden sich nur sieben in litauischem Gewahrsam. Hauptanklagepunkte sind die §§ 68, 70 und 105 des litauischen Strafgesetzbuches (§ 68: Aufforderung zur gewaltsamen Verletzung der Souveränität der Litauischen Republik; § 70: Gründung verfassungsfeindlicher Organisationen; § 105 vorsätzlicher Mord). Die beiden Hauptangeklagten gehörten der Führung der moskautreuen KP Litauens an. Mykolas Burokevičius war Generalsekretär der LKP (KPdSU), Juozas Jarmalavičius ZK-Sekretär für ideologische Fragen. Ein dritter Hauptangeklagter, Iva-

¹⁹ Besonders hervorzuheben sind die notorischen Bankzusammenbrüche und -skandale, die viele Litauer um ihre Spareinlagen brachten. Im Januar 1996 stürzte Ministerpräsident Adolfas Šleževičius, als ruchbar wurde, daß er aufgrund von Insiderwissen einen Tag vor dem Zusammenbruch der LAIB-Bank im Dezember 1995 seine eigenen Einlagen in Höhe von 271.000 Litas abgehoben hatte. Dieser Skandal schadete der LDDP in ungeheurem Maße.

²⁰ Zu den Wahlergebnissen vgl. die offiziellen Ergebnisse in <http://rc.lrs.lt/rinkimai/>. (Die Zitation der Internet-Quellen nach: Melvin E. Page: A Brief Citation Guide for Internet Sources in History and the Humanities [http://www.uni-duesseldorf.de/WWW/Geschichte/_texte/_zitate2.htm]). Im übrigen zeigte sich die Schwäche der LDDP auch in ihrem Wahlslogan, der die 1992 so erfolgreichen Begriffe unmodifiziert wieder verwendete: "Su darbu, darna ir dora – į XXI amžiu" [Mit Arbeit, Harmonie und Sittlichkeit ins 21. Jahrhundert].

²¹ Brazauskas hat während seiner bisherigen Präsidentschaft durchaus gezeigt, daß er nicht immer mit der Politik der LDDP übereinstimmt, und relativ deutlich Distanz zu "seiner" Partei gehalten.

nas Kučerovas, wurde aus gesundheitlichen Gründen bis zum Prozeßbeginn aus der Haft entlassen und starb im Juli 1996 in Minsk.²² Zuständig für die Anklageerhebung ist der Generalstaatsanwalt für organisiertes Verbrechen und Korruption.²³ Der Prozeß begann am 5. November 1996, die Anklageschrift umfaßt 332 Aktenbände, mehr als 3.000 Zeugen sollen vernommen werden.²⁴ Ein Ende des Prozesses ist derzeit nicht absehbar, zumal die Verhandlung immer wieder wegen Erkrankungen der Angeklagten unterbrochen werden muß. Die restlichen Angeklagten, vor allem KGB-Führer und Generale der russischen Armee, stehen nicht vor Gericht, da das litauische Ersuchen um Auslieferung von den GUS-Staaten abgelehnt wurde.²⁵ Unmittelbar nach dem Moskauer Putsch im August 1991 wurde zudem die moskau-treue LKP (KPdSU) als verfassungsfeindliche Partei verboten und ihr Besitz in das Eigentum des litauischen Staates überführt.²⁶

Im April 1992 beschloß das Parlament ein Gesetz über die "Verantwortung für den Genozid an Einwohnern Litauens". Unter Berufung auf die Nürnberger Kriegsverbrecherprozesse wurden "Tätigkeiten, die darauf abzielen, alle oder einen Teil der Einwohner Litauens aufgrund ihrer Zugehörigkeit zu einer nationalen, ethnischen, rassischen oder religiösen Gruppe, physisch zu vernichten" unter Strafe gestellt.²⁷ Ausdrücklich bezieht sich die Anordnung sowohl auf die deutsche als auch auf die sowjetische Besetzung. Zuständig sind die Generalstaatsanwaltschaft und die Bezirksgerichte. Da die Straftaten schon geraume Zeit zurückliegen, hält sich die Zahl der Ermittlungen in engen Grenzen. Am litauischen Willen zur Strafverfolgung ist andererseits nicht zu zweifeln. Im Herbst 1996 begann vor dem Bezirksgericht Vilnius der Prozeß gegen drei über 80 Jahre alte Litauer, die am 17. Mai 1945 in einem Dorf im Rayon Zarasai die Familie Gaidis ermordet haben sollen, weil der Vater, Leopoldas Gaidis, im Verdacht stand, der Partisanenbewegung anzugehören. Diese Verhandlung ist die erste, die aufgrund des obigen Gesetzes durchgeführt wird..., doch ist ein Abschluß der Verhandlung wegen des Gesundheitszustandes der Angeklagten mehr als fraglich.²⁸ Am 17. Oktober 1996 gab die Generalstaatsanwaltschaft zudem bekannt, daß sie Anklage gegen den 72jährigen Julius Slavinas (Deckname Charis) erhebt. Ihm wird vorgeworfen, 1945 als NKWD-Mitarbeiter im Raum Kaunas für die Deportierung und Ermordung von Einwohnern

²² [<http://www.lrs.lt/naujienos>] Abfrage: Burokevičius. ITAR-TASS, 22.7.1996.

²³ Vgl. das Interview von Generalstaatsanwalt Kęstutis Betingis in: Diena, 13.1.1996. Quelle, wie Anm. 22, Abfrage: Burokevičius.

²⁴ So die litauische Nachrichtenagentur Elta am 23.9., 9.10. und 5.11.1996. Quelle: [<http://elta.elta.lt>].

²⁵ Elta, wie Anm. 24, vom 23.9.1996. Wegen der in Litauen einsitzenden Kommunisten kam es wiederholt zu diplomatischen Verstimmungen. Die russische Duma forderte im März 1996 das litauische Parlament auf, die Inhaftierten zu amnestieren; im April 1996 beklagte der Dumaabgeordnete Vladimir Sergienkov gegenüber Abgeordneten des Europaparlaments die Verletzung der Menschenrechte in Litauen am Beispiel der Angeklagten. Zum Jahrestag des Endes des Zweiten Weltkrieges in Europa grüßte der stellvertretende Dumasvorsitzende Sergej Baburin ostentativ Burokevičius und Jarmalavičius. Auch das weißrussische Parlament richtete Demarchen an Litauen, die Angeklagten freizulassen. Quelle, wie Anm. 22, Abfrage: Burokevičius. Von litauischer Seite wurden alle Forderungen abgelehnt.

²⁶ Beschluß des Seimas Nr. 661, 662, 663 vom 22. August 1991, in: Žinios, Nr. 25, S. 1146f.

²⁷ Vgl. Anordnung der litauischen Regierung Nr. 342 vom 9. April 1992, in: Žinios, Nr. 13.

²⁸ Vgl. Lietuvos Rytas, 29.10.1996, S. 3.

Litauens verantwortlich gewesen zu sein. Da Slavinas in Deutschland lebt, hat die litauische Regierung seine Auslieferung bei den deutschen Behörden beantragt. Der Verdächtige besitzt die deutsche Staatsbürgerschaft und kann somit nach deutschem Recht nicht ausgeliefert werden. Deswegen hat die litauische Regierung 1997 die deutsche Regierung offiziell gebeten zu prüfen, ob Slavinas die deutsche Staatsbürgerschaft zu Recht besitzt.²⁹ Der von den USA ausgelieferte Aleksandras Lileikis, dem Beteiligung an Massenmorden an litauischen Juden während der deutschen Besatzung vorgeworfen wird, wartet auf den Prozeßbeginn. Der 90jährige Lileikis befindet sich derzeit auf freiem Fuß in Litauen, was im Februar und März 1997 zu diplomatischen Verstimmungen zwischen Israel und Litauen geführt hat. Ein Mitglied der Knesset schrieb an den litauischen Präsidenten und forderte das Staatsoberhaupt auf, seinen Einfluß geltend zu machen, damit Lileikis endlich in Haft genommen und vor Gericht gestellt werde. Allerdings ist allenfalls eine symbolische Prozeßeröffnung zu erwarten, da der Gesundheitszustand von Lileikis ein ordentliches Gerichtsverfahren unmöglich machen dürfte.³⁰

In Litauen gibt es derzeit weder einen speziellen Gerichtshof für kommunistische Verbrechen noch einen Parlamentsausschuß oder eine Kommission, die sich mit diesem Thema beschäftigen. Unmittelbar nach dem gescheiterten Moskauer Putsch im August 1991 wurde vom Parlament jedoch eine aus neun Abgeordneten bestehende "zeitweilige Kommission zur Erforschung der KGB-Aktivitäten in Litauen" eingesetzt.³¹ Sie hatte die Aufgabe, den Besitz, Archive und andere Dokumente des KGB in Litauen sicherzustellen und die Zusammenarbeit von Deputierten und Staatsangestellten mit den sowjetischen Sicherheitsorganen zu untersuchen. Die Tätigkeit der Kommission stand von Anfang an unter Kritik, da ihr vorgeworfen wurde, die Menschenrechte zu verletzen sowie Chaos und Unsicherheit zu verbreiten.³² Ergebnisse der Untersuchungen wurden nicht geheimgehalten: So gab die Kommission beispielsweise bei der Parlamentssitzung vom 9. April 1992 öffentlich bekannt, daß die ehemalige Ministerpräsidentin Kazimiera Prunskienė vorsätzlich mit dem KGB zusammengearbeitet habe.³³

Im August 1993 faßte der Seimas den Beschluß, die Kommission im "Zentrum zur Erforschung des Genozids an den Einwohnern Litauens und des Widerstands"³⁴ aufgehen zu lassen. Unschwer ist zu erkennen, daß damit eine Entpolitisierung im Umgang mit KGB-Aktivitäten in Litauen erreicht und durch die Verbindung mit der wissenschaftlichen Erfor-

²⁹ Vgl. Lietuvos Rytas, 27.10.1996. Quelle wie Anm. 22, Abfrage: Genocidas. Vgl. Lietuvos Aidas, 7.3.1997. Quelle wie Anm. 22, Abfrage Slavinas.

³⁰ Vgl. Lietuvos Rytas, 8.8.1996. Quelle wie Anm. 22, Abfrage Genocidas. Vgl. die Meldungen der Nachrichtenagentur Reuter vom 28. Februar und 28. März 1997. Quelle wie Anm. 22, Abfrage Lileikis.

³¹ Vgl. Beschluß des Seimas Nr. 667 vom 24. August 1991, in: Žinios, Nr. 25, S. 1149f.

³² Vgl. das Interview mit dem Kommissionsmitglied Povilas Varanuskas in: Lietuvos Aidas, Nr. 92, 13.5.1992, S. 3.

³³ Ergebnis der Untersuchung der KGB-Kommission vom 19. März 1992. Vgl. dazu auch die mehrteilige Serie "Deckname 'Kliugeris'" zur Tätigkeit Prunskienės in "Lietuvos Aidas" vom Mai 1992.

³⁴ Lietuvos gyventojų genocido ir rezistencijos tyrimo centras. Dieses Zentrum war im Oktober 1992 gegründet worden und hieß bis zum Verschmelzen mit der KGB-Kommission "Zentrum für die Untersuchung des Genozids an den Einwohnern Litauens".

schung der Ereignisse die politische Brisanz der Tätigkeit der Kommission massiv verringert werden sollte.

Die Unterlagen der LKP stehen der Öffentlichkeit und der historischen Forschung zur Verfügung. Zentrale Bestände befinden sich im Litauischen Staatsarchiv und im Archiv für die gesellschaftlichen Organisationen in Vilnius. In letzterem ist das Archiv der LKP aufgegangen. Auch auf regionaler Ebene ist der Zugang zu den Gebietsarchiven uneingeschränkt möglich. Überlegungen, ein besonderes Archiv mit Materialien der LKP, des Innenministeriums und des KGB aufzubauen, wurden inzwischen aufgegeben.³⁵ Der Zugang zum KGB-Archiv steht den Benutzern offen. Gesperrt sind allein Personalakten aus jüngster Zeit, die in Zusammenhang mit KGB-Mitarbeit stehen.

Weiterbeschäftigung von Funktionsträgern im öffentlichen Dienst und im Wissenschaftsbereich

Im Dezember 1992 beriet das litauische Parlament über ein Gesetz, das alle überführten KGB-Agenten und Informanten von der Ausübung eines höheren öffentlichen Amtes für eine bestimmte Zeit ausschließen sollte. Das Gesetz, dessen Wortlaut mehreren Änderungen unterlag, wurde jedoch niemals verabschiedet.³⁶ Federführend für die Erhebungen war die vom Seimas eingesetzte Kommission für die Untersuchung von KGB-Aktivitäten. Allein die in den Seimas und die kommunalen Parlamente gewählten Abgeordneten unterliegen einem Gesetz, durch das ihnen wegen nachgewiesener KGB-Mitarbeit auch nachträglich das Mandat entzogen werden kann.³⁷ Im Juni 1992 wurde aufgrund dieser Rechtslage einem Abgeordneten durch einen Beschluß des Seimas das Mandat entzogen.³⁸

Kandidaten für parlamentarische Gremien unterliegen auch weiterhin einer Kontrolle ihrer Vergangenheit. Diese Aufgabe nimmt die jeweilige Wahlkommission wahr. Für die Seimas-Wahlen im Herbst 1992 mußten die Kandidaten für ihre Registrierung der Kommission u.a. Auskunft geben, welcher Partei sie "früher" angehört³⁹ und ob sie in irgendeiner Beziehung

³⁵ So der Direktor der litauischen Archive, M. Stankevičius, in der Fernsehsendung "Panorama" vom 18. Juni 1996. Quelle wie Anm. 22, Abfrage: Archyvas.

³⁶ Vgl. dazu Romuald J. Misiunas: The Archives of the Lithuanian KGB, in: Berichte des BIOst, 3, 1994, S. 9f. In seiner Annotation bezieht sich Misiunas allerdings auf das in der folgenden Anmerkung vorgestellte Gesetz, daß *nur* für Abgeordnete, nicht aber für Angestellte im öffentlichen Dienst gilt.

³⁷ Die letzte Änderung des Gesetzentwurfes datiert vom 8. November 1994. Der ursprüngliche Gesetzentwurf vom Dezember 1992 und die geänderte Fassung von 1994 sind zugänglich über die juristische Datenbank des litauischen Parlaments (<http://rc.lrs.lt/>), Registrierungscode I-2115. Bei der Abstimmung über das Gesetz im Seimas gab es im übrigen bei einer Enthaltung keine einzige Gegenstimme, es fällt allerdings auf, daß relativ viele Abgeordnete als "nicht anwesend" verzeichnet wurden. Vgl. dazu Lietuvos Aidas, 257, 28.12.1991, S. 6 (mit namentlicher Auflistung des Abstimmungsverhaltens).

³⁸ Es handelte sich um Juozas Čepaitis, der im Wahlkreis Marijampolė-Süd gewählt worden war. Vgl. Beschluß des Seimas Nr. 598 vom 25. Juni 1992, in: Žinios, Nr. 20, S. 1275f.

³⁹ Expressis verbis wurde zusätzlich gefragt, ob eine Mitgliedschaft in der LKP (KPdSU) bestanden habe.

zu den sowjetischen Sicherheitsorganen gestanden hatten. Auch bei den Wahlen am 20. Oktober 1996 fand eine Überprüfung der Kandidaten durch die Wahlkommission statt.⁴⁰

Im Wissenschaftsbereich wurden die Lehrstühle für Marxismus-Leninismus und Parteigeschichte geschlossen. Das gesamte System der wissenschaftlichen Qualifikation wurde geändert, wobei die Wissenschaftlichkeit der Dissertationen hinterfragt wurde. Alle Doktorarbeiten, die nach dem 15. Juni 1940 (Okkupation Litauens durch die Sowjetunion) entstanden waren, sollten überprüft werden. Bei einer positiven Entscheidung wurden neue Diplome in litauischer Sprache ausgestellt. Entzogen wurden Titel und Arbeitsplatz, wenn die Überprüfung zeigte, daß die betreffende Person keine wissenschaftliche, sondern eine der "kommunistischen Ideologie" verhaftete Arbeit geschrieben hatte.⁴¹ Die Durchführung der Anordnung wurde einem Wissenschaftsrat übertragen, dessen erste Erhebungen zu dem Ergebnis führten, daß bei ca. 30% der Dozenten und 10% der Professoren Zweifel an einer wissenschaftlichen Forschungsarbeit bestanden.⁴² Diplome der Parteihochschulen wurden zunächst in toto nicht anerkannt, der Wahlsieg der LDDP führte zur Aufhebung dieser rigiden Verfahrensweise. Nach der Übernahme der Regierung durch die LDDP geriet die gesamte Aktion offensichtlich schnell in Vergessenheit. Es ist davon auszugehen, daß beileibe nicht alle wissenschaftlichen Arbeiten seit 1940 überprüft wurden. Dennoch kam es zu einem erheblichen Personalwechsel. Die soziale Mobilität zeigt sich etwa im historischen Bereich: Viele der heute an den Universitäten tätigen Lehrstuhlinhaber gehören der Generation der 60er Jahre an.

Im öffentlichen Dienst gab es nie eine Überprüfung. Dennoch ist offensichtlich, daß in besonders sensiblen Bereichen Personalwechsel stattgefunden hat. So beklagte etwa Präsident Brazauskas in seiner Rede zur Entwicklung des Landes im Jahre 1995 vor dem Seimas, daß die am 1. Januar 1995 in Kraft getretene Reform des gesamten Gerichtswesens unter dem Mangel an geeigneten Juristen leide. Ein Drittel der vorgesehenen Stellen sei bisher noch nicht besetzt worden.⁴³

Rezeption der Vergangenheitsbewältigung in der Bevölkerung, in den Medien und in der Wissenschaft

Beim Umgang mit der sowjetischen Ära lassen sich klare Schwerpunkte der öffentlichen und wissenschaftlichen Diskussion erkennen. Im Vordergrund stehen die erste kommunistische Okkupation 1940/41 und die stalinistische Ära 1944/45 bis 1953.

⁴⁰ Vgl. dazu das Wahlgesetz vom 27. Juni 1996 (http://rc.lrs.lt/rinkimai/rinkistl.htm#rink_sar).

⁴¹ Vgl. dazu den Beschluß der litauischen Regierung "Über die Anerkennung akademischer Titel...und die Registrierung akademischer Diplome" vom 19. Juli 1992, in: Žinios, Nr. 27, S. 787f.

⁴² Vgl. das Interview mit dem Vorsitzenden des Wissenschaftsrates, Professor Rimantas Šližis, in: Lietuvos Aidas, 186, 10.7.1992, S. 5.

⁴³ Algirdas Brazauskas: Metinis Respublikos Prezidento Algirdo Brazausko pranešimas 1995. Padėtis Lietuvoje, Lietuvos Respublikos vidaus ir užsienio politika [Jahresbericht des Präsidenten der Republik Litauen Algirdas Brazauskas 1995. Die Lage in Litauen, die Innen- und Außenpolitik der Republik Litauen] [<http://rc.lrs.lt/prezident/kalba.htm>].

Der Untergang des unabhängigen litauischen Staates 1939/40 ist durch die Veröffentlichung von Dokumenten und Erinnerungen ins Bewußtsein der Bevölkerung gerückt. Insbesondere ging es um die Widerlegung der Legenden einer litauischen sozialistischen "Revolution" 1940 und des "freiwilligen" Anschlusses an die Sowjetunion. Die historische Aufklärung der damaligen Geschehnisse besaß eine wichtige Funktion innerhalb der ersten Phase des Kampfes um die Unabhängigkeit. Die Jahrestage des Hitler-Stalin-Paktes 1988 und 1989 wurden nicht zufällig zu riesigen Protestveranstaltungen gegen die Okkupation Litauens durch die Sowjetunion.⁴⁴ Neben Quellenveröffentlichungen erschienen Erinnerungen der damaligen litauischen Politiker.⁴⁵ Erstmals konnte auch offen über das brutale Vorgehen der sowjetischen Sicherheitsorgane und die Massendeportationen von Litauern berichtet werden.

Die Deportationen wurden unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg wiederaufgenommen und erreichten neue Höhepunkte. Nach einer Aufstellung des KGB vom Mai 1988 wurden zwischen 1941 und 1952 120.924 Menschen aus Litauen nach Sibirien deportiert.⁴⁶ Noch wichtiger für die öffentliche Bewußtseinsbildung wurde jedoch die Darstellung und Aufarbeitung der Partisanenkämpfe, die in Litauen ein beträchtliches Ausmaß erreichten und bis in die 50er Jahre anhielten. Der Kampf der "Waldbrüder" gegen die sowjetischen Besatzer bildet weiterhin den wichtigsten Bereich des Umgangs mit der kommunistischen Zeit. Unzählige Fernsehberichte, Zeitungsartikel und Bücher sind zu diesem Thema erschienen.⁴⁷ Ein wissen-

⁴⁴ Erwähnt sei eine frühe Veröffentlichung von Mitarbeitern des Institutes für Geschichte Litauens. Alfonsas Eidintas und Gediminas Rudis (Hrsg.): *Naujas požiūris į Lietuvos istoriją* [Ein neuer Blick auf die Geschichte Litauens], Kaunas 1989. Der Sammelband umfaßt wichtige historische Stellungnahmen, meist aus der Presse. Thematisch konzentriert sich das Buch auf die Phase der Entstehung des litauischen Staates 1918/19, auf die Okkupation 1939/40 und auf die Darstellung des Stalinismus in Litauen.

⁴⁵ Hervorzuheben als Quellensammlung ist die ebenfalls vom Institut für litauische Geschichte besorgte Edition *"Lietuvos okupacija ir aneksija 1939-1940"* [Die Okkupation und Annexion Litauen 1939-1940], Vilnius 1993, die erstmals bisher unbekannte Dokumente aus litauischen Archiven zugänglich macht. Aus der Vielzahl der inzwischen publizierten Erinnerungen seien erwähnt: Stasys Raštikis: *Kovose dėl Lietuvos* [In Kämpfen um Litauen], 2 Bde., Vilnius 1990 [Nachdruck der Originalausgabe Los Angeles 1956f]. Raštikis war bis zum April 1940 Chef der litauischen Armee. Vincas Krėvė: *Bolševiku invazija ir Liaudies vyriausybė* [Die Invasion der Bolševiki und die Volksregierung], Vilnius 1992. Krėvė, Professor an der Universität Kaunas, war in den ersten Wochen nach der Okkupation in der Marionettenregierung tätig, bevor er sich zum Rücktritt entschloß. Seine Erinnerungen bieten einen äußerst interessanten Einblick, wie der "freiwillige" Anschluß an die Sowjetunion bewerkstelligt wurde.

⁴⁶ Antanas Tyla (verantw.): *Lietuvos gyventojų tremimai 1940-1941, 1944-1953 metais sovietinės okupacinės valdžios dokumentuose* [Die Vertreibung von Bewohnern Litauens in Dokumenten der Sowjetmacht 1940-1941 und 1944-1953], Kaunas 1995, S. 610ff. (Schreiben des litauischen KGB an das ZK der LKP vom 12. Mai 1988).

⁴⁷ Aus der breiten Palette seien erwähnt Nijolė Gaškaitė u.a.: *Lietuvos partizanai 1944-1953 m.* [Die Partisanen Litauens 1944-1953], Kaunas 1996; Dalia Kuodytė u.a. (Bearb.): *Laisvės kovos 1944-1953 metais* [Die Freiheitskämpfe 1944-1953], Kaunas 1996. Diese Quellensammlung macht, wie die meisten Arbeiten zu den "Waldbrüdern", umfangreichen Gebrauch von den im KGB-Archiv lagernden Akten. Einer der bekanntesten Partisanenführer, Adolfas Ramanauskas (Deckname Vanagas), hat Erinnerungen hinterlassen: *Daugel krito sunu* [Viele Söhne sind gefallen], 2. Aufl., Vilnius 1992. Ramanauskas wurde 1956 festgenommen und am 27. November 1957 erschossen.

schaftliches Periodikum, "Laisvės Kovos Archyvas" (Archiv des Freiheitskampfes),⁴⁸ veröffentlicht Dokumente und Beiträge ausschließlich zum litauischen Widerstand. Eine der ersten Maßnahmen der neuen Mehrheit im Parlament war es, die militärischen Ränge der Partisanen offiziell anzuerkennen, was für die Altersversorgung der Widerstandskämpfer herausragende Bedeutung hat.⁴⁹

Dagegen fehlen wissenschaftliche Arbeiten über die fast 50 Jahre Sowjetherrschaft, die sich der täglichen Herrschaftssicherung, der Kaderauswahl, sozialen Entwicklungen und dergleichen widmen, bisher nahezu völlig.⁵⁰ Auch in den Massenmedien ist kein großes Interesse an solchen Fragestellungen erkennbar. Die Erforschung der kommunistischen Periode steckt damit – sieht man von den oben erwähnten Ausnahmen ab – noch in den Anfängen.

Aus den öffentlichen Bibliotheken wurde die kommunistische Literatur entfernt,⁵¹ und es wurden gezielt westliche, vor allem bisher unzugängliche Publikationen angeschafft, wobei finanzielle Hilfen internationaler Organisationen eine wichtige Rolle spielten.

Besondere Bedeutung besitzen für den Bildungssektor Unterrichtsmittel in solchen Fächern wie Geschichte oder Sozialkunde. Die desolate Situation mit dem sowjetischen Material führte dazu, daß für eine kurze Übergangsphase Bücher der Zwischenkriegszeit als Reprints Verwendung fanden. Inzwischen liegen neue Schulbücher vor, wobei die Programme der Soros-Stiftung eine große Hilfe waren.⁵² Ein Wechsel im Lehrpersonal fand im übrigen nicht statt.

Im wissenschaftlichen Bereich ist die Übersetzung westlicher Arbeiten hervorzuheben. Besondere Aktivität entfaltet in diesem Zusammenhang das Forschungszentrum für die Geschichte Westlitauens und Preußens an der Universität Klaipėda/Memel, das bereits zwei deutsche Standardwerke zur Geschichte des Deutschen Ordens in litauischer Übersetzung

⁴⁸ Im Herbst 1996 erschienen die Nummern 16 und 17 der "Laisvės Kovos Archyvas". Die Zeitschrift wird von der historischen Sektion der Vereinigung der politischen Häftlinge und Vertriebenen Litauens herausgegeben. Zu dieser Vereinigung vgl. S. 11.

⁴⁹ Elta (wie Anm. 24), 28.11.1996. Im Parlament stimmten 110 Abgeordnete für diesen Beschluß, zwei Parlamentarier enthielten sich, und niemand stimmte dagegen.

⁵⁰ Bislang hat sich nur ein junger Historiker der Thematik gewidmet. Vytautas Tininis: *Sovietinė Lietuva ir jos veikėjai* [Sowjetlitauen und seine Führer], Vilnius 1994, legte Kurzbiographien der wichtigsten Kommunisten vor. Sein historischer Abriß zur Geschichte der LSSR kann als bislang einzige Gesamtdarstellung gewertet werden. Die Darstellung von Liekis, LKP, wie Anm. 4, konzentriert sich auf die Zeit ab 1988. In seinen historischen Exkursen befaßt sich der Autor ausschließlich mit den kommunistischen Verbrechen und liegt damit auf einer Linie mit den bislang feststellbaren Schwerpunkten der litauischen Geschichtsforschung.

⁵¹ In wissenschaftlichen Bibliotheken blieben alle Bestände unangetastet.

⁵² Eine Einblick in die Problematik vermittelt Adomas Butrimas: Die Darstellung der deutsch-litauischen Beziehungen in litauischen Geschichtslehrbüchern, in: *Nordost-Archiv*, 2, 1993, S. 417ff. Die Programme der Soros-Stiftung unter <http://www.osf.lt/>.

herausgegeben hat⁵³ und derzeit die litauische Fassung einer deutschsprachigen Dissertation zur Geschichte der Litauendeutschen vorbereitet.⁵⁴

Umgang mit Gedenkstätten und Opfern

Als exponierteste Symbole sowjetischer Herrschaft sind unmittelbar nach dem gescheiterten Moskauer Putsch 1991 in ganz Litauen die Lenin-Statuen entfernt worden. Die Ehrenmale der Roten Armee, die sich auf litauischem Territorium befinden, werden nur notdürftig gepflegt. Was mit diesen teilweise gigantischen Bauwerken (wie z.B. in Klaipeda) geschehen soll, ist Gegenstand regionaler Diskussionen. Die sowjetischen Soldatenfriedhöfe bleiben jedoch auf jeden Fall erhalten.

Einen Sonderfall stellte das Denkmal für den sowjetischen General und zweimaligen Helden der Sowjetunion, Ivan Černjakov, in Vilnius dar, da der General dort auch beerdigt war.⁵⁵ Nach Rücksprache mit der Familie wurde das Denkmal abgebaut, und die sterblichen Überreste des Generals wurden nach Rußland überführt.

In vielen Dörfern und kleinen Städten finden sich auf den Friedhöfen Gedenkstätten für die Opfer, denn seit etwa 1989 wurden die in Massengräbern in den Wäldern verscharrten Partisanen exhumiert und unter großer Anteilnahme der Bevölkerung beigesetzt. In Vilnius selbst entdeckte man sowohl 1993 als auch 1996 bei archäologischen Arbeiten an der Burg des Großfürsten Gediminas Massengräber mit vom NKWD 1948/49 erschossenen Litauern. Der ehemalige Platz des Lenin-Denkmal in Vilnius wird zur offiziellen Gedenkstätte für die litauischen Widerstandskämpfer: Eine ewige Flamme am Grab eines unbekannten Partisanen soll dem Andenken der "Waldbrüder" dienen.⁵⁶ Besonderen Status besitzen auch die Gräber der im Januar 1991 ermordeten Zivilisten in Vilnius. Am Fernsehturm selbst existiert eine "inoffizielle" Trauerstätte, die von der Bevölkerung regelmäßig besucht und gepflegt wird. Auch am litauischen Parlament sind Teile der Barrikaden zur Erinnerung erhalten geblieben. Einen herausragenden symbolischen Stellenwert besitzt das ehemalige KGB-Gebäude in Vilnius, das nun – nach langen innenpolitischen Debatten – ausschließlich als "Museum für die Opfer des Genozids" Verwendung finden soll; dort lagern auch die KGB-Archivalien.⁵⁷

Hohe Aufmerksamkeit genießen die als Nachkommen von Deportierten in der gesamten GUS lebenden Litauer. Die Unterstützung dieser Personengruppe durch den litauischen Staat wird

⁵³ Es handelt sich dabei um Hartmut Boockmann: Der Deutsche Orden. Zwölf Kapitel aus seiner Geschichte, München 1982; und Sven Ekdahl: Die "Banderia Prutenorum" des Jan Długosz – eine Quelle zur Schlacht bei Tannenberg, Göttingen 1976.

⁵⁴ Harry Stossun: Die Umsiedlung der Deutschen aus Litauen während des Zweiten Weltkrieges, Marburg/Lahn 1993.

⁵⁵ Černjakov war seit April 1944 Oberbefehlshaber der 3. Weißrussischen Front, die 1944 das litauische Gebiet zurückeroberte. Er wurde in Ostpreußen im Raum Elbing schwer verwundet und starb am 18. Februar 1945.

⁵⁶ Elta, wie Anm. 23, 4.12.1996. Die Gedenkstätte soll Anfang 1999 eröffnet werden; sie befindet sich im Zentrum der litauischen Hauptstadt an der Lukiškių aikštė.

⁵⁷ Vgl. die Stellungnahme der staatlichen Denkmalskommission in der Fernsehsendung "Panorama" vom 25. November 1995. Quelle, wie Anm. 22, Abfrage: LDDP.

einhellig von Regierung und Opposition gefördert. Die Vereinigung der politischen Häftlinge und Vertriebenen Litauens war sogar bis zum Herbst 1996 mit drei Abgeordneten im Seimas vertreten.⁵⁸ Sie hat ca. 70.000 Mitglieder.⁵⁹

1996 billigte das Parlament ein Programm, das die Rückkehr der Vertriebenen in die alte Heimat erleichtern soll und ihnen die Möglichkeit zum Aufbau einer neuen Existenz bietet. Man rechnet bis zum Jahr 2000 mit der Ankunft von 1.500 bis 2.000 Familien aus Sibirien.⁶⁰

Der Jahrestag der sowjetischen Okkupation 1940, der 15. Juni, wird in ganz Litauen als "Tag der Opfer des Volkes und der Hoffnung" begangen. Im ganzen Land läuten die Glocken zum Gedenken an das Schicksal der Deportierten und Ermordeten, in allen größeren Orten finden Gedenkfeiern statt.⁶¹ Nach dem Wechsel der Mehrheitsverhältnisse im Seimas wurde im Dezember 1996 eine neue Parlamentskommission gebildet, deren Aufgabenbereich alle mit dem Widerstand und den Deportationen zusammenhängende Fragen umfaßt, darunter auch juristische und soziale Aspekte der heute noch lebenden Opfer. Die Kommission ist auch für die historische Aufarbeitung der Massenmorde an litauischen Staatsangehörigen zuständig.⁶²

Zwischen Resistenz und Kollaboration

Die Grenzlinie zwischen Resistenz und Kollaboration war in Litauen – wie auch sonst in vielen nationalen Republiken der früheren Sowjetunion – fließend und durchaus schillernd. Viele Gründungsmitglieder von Sajudis gehörten beispielsweise der LKP an. Die unterschwellige nationale Ausrichtung der LKP machte es vielen Litauern, insbesondere Akademikern, möglich, in die Partei einzutreten, obwohl sie dem Herrschaftssystem skeptisch gegenüberstanden. Die klare Mehrheit, die sich auf dem XX. Parteitag für den Bruch mit der KPdSU und für die litauische Souveränität entschied, illustriert diese Ausrichtung.

In der Bevölkerung gab es zweifellos massive Vorbehalte gegen das System: Wie sich zeigte, waren die Ereignisse von 1939/40 und 1944-1953 unvergessen. Der Wandel, der sich in Litauen abzuzeichnen begann, ging daher in hohem Maße von der Geschichte aus.⁶³ In einer Art

⁵⁸ Bei der Parlamentswahl im Oktober 1996 galt erstmals eine 5%-Klausel, so daß die Vereinigung der politischen Häftlinge und Vertriebenen Litauens mit 1,49% der Stimmen den Sprung ins Parlament über die Parteienliste nicht schaffte. Einer ihrer Vertreter konnte sich allerdings ein Direktmandat sichern, so daß sie auch im neuen Seimas präsent sein wird.

⁵⁹ Vgl. Elta, wie Anm. 24, 17.5.1996. Die Sajunga gibt auch die Wochenzeitschrift "Tremtinys" [Der Vertriebene] heraus; gegründet wurde sie 1988.

⁶⁰ Vgl. Elta, wie Anm. 24, 17.8.1996. Die litauische Regierung hofft, für das auf fünf Jahre angelegte Programm Hilfe von der EU in Höhe von 12,5 Mio. \$ zu erhalten. Aus dem eigenen Haushalt will sie bis zum Jahr 2000 65 Mio. Litas bereitstellen.

⁶¹ Zu den Veranstaltungen am 15. Juni 1996 vgl. Elta, wie Anm. 24, 13.6.1996.

⁶² Vgl. Elta, wie Anm. 24, 5.12.1996. Der im Text erwähnte juristische Aspekt bezieht sich auf versorgungsrechtliche Ansprüche und andere Vergünstigungen der Veteranen. Dieser Aspekt der Tätigkeit der Kommission hat also nichts mit den im Abschnitt "Juristische Bewältigung der kommunistischen Vergangenheit" erwähnten Gesetzen und Maßnahmen zu tun.

⁶³ Sajudis widmete in den ersten Monaten seiner Existenz dem historischen Großfürstentum Litauen und der Denkmalpflege archäologischer Hinterlassenschaften große Aufmerksamkeit.

von mündlicher Überlieferung wurde eine dem offiziellen Geschichtsbild konträr entgegengesetzte Interpretation tradiert.

Zweifellos spielte hierbei auch die katholische Kirche eine bedeutende Rolle; die größte, seit 1972 erscheinende Untergrundzeitschrift hieß nicht umsonst "Chronik der katholischen Kirche".⁶⁴ Initiiert wurde sie durch eine Gruppe von Priestern, die damit nicht nur in Litauen, sondern vor allem in den westlichen Ländern von der wirklichen Lage in Sowjetlitauen berichten wollten. Standen die ersten Nummern noch im Zeichen kirchlicher Angelegenheiten, so weitete sich das Spektrum der Chronik bald zu einer alle Ereignisse in Litauen umfassenden Berichterstattung; pro Jahr erscheinen sechs bis acht Nummern.⁶⁵ Während der gesamten kommunistischen Periode war die Kirche dem massiven Druck der LKP ausgesetzt, was sich nicht zuletzt daraus erklärt, daß Litauen eine römisch-katholische Enklave innerhalb der Sowjetunion darstellte und die LKP sich deshalb unter besonderem Zugzwang glaubte, ihre atheistische Gesinnung unter Beweis zu stellen.⁶⁶

Ein besonders dramatisches Beispiel für Widerstand spielte sich 1972 in Kaunas ab. Aus Protest gegen die Okkupation verbrannte sich Romas Kalanta am 14. Mai vor dem Musiktheater.⁶⁷ Als die Sicherheitsbehörden für eine heimliche Bestattung sorgten und zugleich verlauten ließen, der junge Mann sei geisteskrank gewesen, kam es in Kaunas am 18. und 19. Mai 1972 zu spontanen Massendemonstrationen und Protestaktionen gegen die Sowjetherrschaft, in fast allen anderen Städten tauchten antisowjetische Parolen und Flugblätter auf.⁶⁸ Die Menschen, die in Kaunas auf die Straße gingen, skandierten "Es lebe das unabhängige Litauen" und bewiesen damit, wie wenig die Sowjetmacht auf eine innere Zustimmung hoffen konnte.

Auch in Litauen bildete sich 1975/1976 nach der Konferenz von Helsinki, wie in vielen Teilen der Sowjetunion, eine Dissidentenbewegung, die sich selbst als Helsinki-Gruppe Litauen (Lietuvos Helsinkio grupė – LHG) bezeichnete. Sie unterhielt, obwohl zahlenmäßig eher klein, enge Kontakte mit Moskauer Kreisen, unterschied sich von diesen jedoch in einem zentralen Punkt: Schon in ihrer ersten Erklärung, die am 1. Dezember 1976 ausländischen Journalisten in Moskau vorgespielt wurde, setzte sich die LHG nicht nur für die Beachtung der Menschenrechte in der Sowjetunion ein, sondern gab ihrer Hoffnung Ausdruck, daß "der un-

⁶⁴ Vgl. Misiunas, *Baltic States*, wie Anm. 1, S. 255f.

⁶⁵ Vgl. hierzu den Bericht eines der Gründer der Chronik in: Algimantas Liekis (Hrsg.): *Nenugalėtoji Lietuva* [Unbesiegtes Litauen], Bd. 1, Vilnius 1993, S. 99ff. Trotz beständiger Festnahmen von Mitgliedern der "Redaktion" erschien die Chronik kontinuierlich bis Ende der 80er Jahre.

⁶⁶ Natürlich gab es verschiedene Phasen des kommunistischen Drucks auf die Kirche, auch die Quantität atheistischer Propaganda unterlag gewissen Zyklen. Aufgrund dieser Frontstellung erklärt sich im übrigen, warum 1988 die Rückgabe der Kathedrale in Vilnius an die Kirche durch den ersten Sekretär der LKP, Brazauskas, einen derart tiefen Eindruck auf die Öffentlichkeit machte.

⁶⁷ Vgl. Liekis, *Nenugalėtoji Lietuva*, wie Anm. 65, S. 18f. Der Tod Kalantas ist das spektakulärste Beispiel für eine patriotische Selbstaufopferung. Zwei weitere Fälle sind bekannt: Am 10. August 1976 verbrannte sich der zur Roten Armee eingezogene Antanas Kalinauskas mit den Worten: "Für Litauen, für die Freiheit, für Gott!" Während der Blockade Litauens im Jahre 1990 starb Stanislovas Žemaitis auf die gleiche Weise in Moskau auf dem Sverdlovsker Platz, um gegen die sowjetische Politik zu protestieren. Vgl. ebenda.

⁶⁸ Vgl. dazu Tininis, *Sovietinė Lietuva*, wie Anm. 50, S. 96ff. In Kaunas wurden mehr als 400 Personen festgenommen.

abhängige litauische Staat, der am 15. Juni 1940 unrechtmäßig durch die Rote Armee besetzt worden ist, wiedergegründet werde".⁶⁹ In den Jahren ab 1977 gingen die sowjetischen Sicherheitsbehörden gegen Mitglieder der LHG mit gefälschten Anschuldigungen vor, so daß die meisten litauischen Dissidenten bis etwa 1987 in sowjetischen Lagern und in der Verbannung verschwanden.⁷⁰

Ende der 70er und Anfang der 80er Jahre erhielt die Resistenz auch in der katholischen Kirche wieder starken Auftrieb. Das von fünf Priestern gegründete "Komitee zur Verteidigung der Rechte gläubiger Katholiken" versuchte zwar vor allem die Glaubensfreiheit zu sichern, hatte aber auch eine eminente politische Bedeutung. Als 1983 zwei der Gründungsmitglieder verhaftet wurden, unterschrieben 123.000 Litauer Protestschreiben an die Behörden und baten um Freilassung der beiden Priester.⁷¹

Wie schillernd die Grenzlinie zwischen Resistenz und Kollaboration ist, mag das letzte Beispiel belegen: 1978 wurde der "Verein der Kommunisten Litauens" gegründet. Beeinflußt durch den damaligen Eurokommunismus traten die meist jungen Parteimitglieder für einen demokratischen Kommunismus ein – und forderten zugleich den Austritt Litauens aus der Union gemäß der Verfassung der UdSSR.⁷² Die Verbindung zwischen kommunistischen Reformbestrebungen und nationalem Restitutionswillen spricht für sich.

Die politischen Parteien und die kommunistische Vergangenheit

Im Dezember 1989 hatte die LKP annähernd 200.000 Mitglieder.⁷³ Die heutige LDDP verfügt nach eigenen Angaben über 8.826 Parteimitglieder.⁷⁴ In ihren Parteiprogrammen spricht sich die LDDP unzweideutig für eine demokratische Staatsordnung aus und bezeichnet sich selbst als "parlamentarische, politisch sozialdemokratisch orientierte Partei, die auf den Prinzipien der Sozialistischen Internationale basiert. Ihr Hauptziel ist es, einen demokratischen Staat zu schaffen, in dem die Menschenrechte gesichert und beachtet werden".⁷⁵ Ausdrücklich bezieht sich die ehemalige kommunistische Partei auf die Fortdauer des unabhängigen litauischen

⁶⁹ Zit. nach Liekis, *Nenugalėtoji Lietuva*, wie Anm. 65, S. 41. Dazu auch Tininis, *Sovietinė Lietuva*, wie Anm. 50, S. 258f.

⁷⁰ Vgl. die ausführliche Schilderung bei Liekis, *Nenugalėtoji Lietuva*, wie Anm. 65, S. 42ff.

⁷¹ Vgl. Liekis, *Nenugalėtoji Lietuva*, wie Anm. 65, S. 61.

⁷² Vgl. Liekis, *Nenugalėtoji Lietuva*, wie Anm. 65, S. 128ff.

⁷³ Die genaue Zahl betrug 199.917. Vgl. *Nepriklausomybės žingsniai*, wie Anm. 3, S. 9.

⁷⁴ Offizielle Angabe der LDDP anlässlich der litauischen Parlamentswahlen im Herbst 1996. [<http://rc.lrs.lt/cgi-bin/ora7dbcgi/rinkimai/sql/partl.html>]. Zum Vergleich: Den litauischen Konservativen haben sich fast doppelt so viele Personen angeschlossen, nämlich 15.675. Ebenda.

⁷⁵ Vgl. die Zahlen in N.N.: *Political Parties of the Republic of Lithuania* (Manuskript), o.O., o.J., S. 1 (im Besitz des Verfassers). Ich danke dem Botschafter der Republik Litauen in der Bundesrepublik, Herrn Dr. Zėnonas Namavičius, für die Materialien.

Staates der Zwischenkriegszeit und bezeichnet sich als in dieser Kontinuität stehend.⁷⁶ Wirtschaftlich spricht sich die LDDP klar für die Prinzipien einer freien Marktwirtschaft aus, betont zugleich jedoch, sie sei für einen gut durchdachten, graduellen und schrittweisen Übergang im Bereich der Privatisierung.

Was den Ausspruch der Partei betrifft, ihr Programm mit demokratischen Mitteln durchzusetzen, ist kein Zweifel angebracht. Die Parteispitze hat sich glaubwürdig für einen demokratischen Kurs entschieden. In der Mitgliedschaft ist sicherlich einiges von der alten Mentalität erhalten geblieben, doch spricht allein die Mitgliederzahl – im Vergleich zur alten LKP – eine deutliche Sprache.

Eine Auseinandersetzung mit der eigenen kommunistischen Vergangenheit findet innerhalb der LDDP praktisch nicht statt. Dies liegt vor allem daran, daß die Partei von Anfang an zu großen Teilen klar erkennbar für die litauische Autonomie und später für die Unabhängigkeit eintrat. Kommunismus läßt sich daher leicht als russische, den Litauern aufgezwungene "Er rungenschaft" bezeichnen und so von der eigenen Teilnahme ablenken. Zwar versucht die Opposition immer wieder, die LDDP polemisch mit ihrer LKP-Vergangenheit zu konfrontieren, doch große Resonanz findet dieses Vorgehen nicht; zu deutlich hatte sich die heutige Parteiführung in den dramatischen Jahren 1989 bis 1991 für Litauen entschieden.

Dies wurde auch im Wahlkampf im Herbst 1996 deutlich: In den Programmen der übrigen litauischen Parteien finden sich keinerlei Anspielungen auf die Vergangenheit der LDDP, obwohl die eher konservativen Parteien in ihren Wahlbroschüren durchaus auf die litauische Sowjetrepublik eingehen. So hat beispielsweise die "Partei der Demokraten Litauens" (Lietuvos demokrata partija) in ihre Satzung einen Passus aufgenommen, der Parteimitgliedern, die früher zu einer Organisation kommunistischer Orientierung gehörten, fünf Jahr lang verbietet, einen führenden Posten in der LDP zu bekleiden.⁷⁷ Die christdemokratische Partei (Lietuvos krikščionių demokrata partija) fordert einen besonderen rechtlichen Status für die Widerstandskämpfer und eine schärfere gerichtliche Verfolgung derjenigen, die sich am "Genozid gegen das litauische Volk" beteiligt haben.⁷⁸ Doch selbst die Vaterlandsvereinigung/Litauische Konservative (Tėvynės sąjunga /Lietuvos konservatoriai) unter Vytautas Landsbergis spricht sich eindeutig dafür aus, zwischen denjenigen zu differenzieren, die sich am 'Genozid' beteiligten, und denjenigen, die gezwungen wurden, als Informanten für den

⁷⁶ Diese Kontinuität wird auch in der quasi offiziellen Vita des Präsidenten deutlich, die in dem Buch "Die Präsidenten der Republik Litauen", wie Anm. 4, erschienen ist. Das auf Hochglanz gedruckte, reich bebilderte, im litauischen Staatsverlag erschienen Werk vereint die Biographien der drei Präsidenten der Zwischenkriegszeit (Antanas Smetona, Aleksandras Stulginskis, Kazys Grinius) mit der des derzeitigen Staatsoberhauptes. Der Autor der Brazauskas-Vita, Rimgaudas Geleževičius, ist übrigens Berater des Präsidenten für gesellschaftspolitische Fragen.

⁷⁷ Lietuvos demokrata Partija (Hrsg.): Documents of the Lithuanian Democrats Party, Vilnius 1994, S. 35.

⁷⁸ So im § 16 des aktuellen Parteiprogramms, das am 24. August 1996 von der Parteispitze gebilligt wurde. Tarnauti Lietuvai. LKDP rinkimu programa [Im Dienst für Litauen. Das Wahlprogramm der LKDP], o.O., 1996, Manuskript, S. 27. In der Forderung nach einer verbesserten rechtlichen Stellung der Widerstandskämpfer liegt sicherlich der Grund für die rasche Schaffung der neuen Parlamentskommission. Vgl. dazu S. 20.

KGB oder andere Stellen zu arbeiten. Unter Berücksichtigung der "besonderen Umstände der Okkupationszeit" sollen die Namen der letzteren nicht an die Öffentlichkeit gelangen.⁷⁹ So bleibt festzuhalten, daß die großen Themen des Wahlkampfes die sozioökonomische Fragen (vor allem im landwirtschaftlichen Bereich), der Kampf gegen Korruption und organisiertes Verbrechen und die Altersversorgung waren.⁸⁰

Seit 1994 gibt es die "Partei der Sozialisten Litauens", die als eigentliche kommunistische Partei Litauens zu bezeichnen ist. Die im Frühjahr 1994 gegründete Gruppierung spielt im politischen Leben allenfalls eine marginale Rolle und erreichte bei den Parlamentswahlen vom 20. Oktober 1996 mit 0,25% der Wählerstimmen das zweitschlechteste Ergebnis aller angetretenen Parteien und Gruppierungen.⁸¹

Fazit

Der Umgang mit der kommunistischen Vergangenheit in Litauen speist sich aus den historischen Erfahrungen des Landes und seiner Bevölkerung. Das Trauma des 15. Juni 1940 erleichtert eine mentale Grundhaltung, die alles, was mit Sowjetkommunismus in Beziehung zu setzen ist, den russischen Okkupanten anlastet. Hinzu kommt, daß die litauischen Kommunisten in den dramatischen und entscheidenden Monaten des Kampfes um die Unabhängigkeit sich eindeutig dem Kurs der nationalen Restitution anschlossen.

50 Jahre Sowjetherrschaft haben sich tief in die kollektive Erinnerung eingegraben, hieraus resultiert die Glorifizierung derjenigen, die gegen das kommunistische Regime und für die Unabhängigkeit Litauens kämpften. So ist der litauische Umgang mit der eigenen Vergangenheit eher dadurch geprägt, daß man den Gegnern des Regimes mehr Aufmerksamkeit schenkt als seinen Vertretern. Nicht zuletzt aus dem Widerstand gegen die sowjetische Okkupation zieht der wiedererstandene litauische Staat einen Teil seiner Identität und Legitimität.

⁷⁹ Vgl. Tėvynės Sąjungos žinios [Nachrichten der Vaterlandsvereinigung], Nr. 8, 5.4.1996, S. 7.

⁸⁰ Alle zitierten Wahlprogramme widmen der Landwirtschaft den meisten Raum.

⁸¹ Zu den Wahlergebnissen vgl. Anm. 20. In ihren Wahlaussagen lehnte die Partei jegliche Verantwortung für "das, was in Litauen zwischen 1990 und 1996 geschehen ist", ab. Einer der beiden Vorsitzenden der Partei, die übrigens erst ein halbes Jahr nach ihrer Gründung vom Justizministerium zugelassen wurde, ist der aus der LDDP ausgetretene Seimas-Abgeordnete Mindaugas Stakvilevičius. Vgl. Elta, wie Anm. 24, 27.5.1996.

Joachim Tauber

Dealing with the Communist Past in Lithuania

Bericht des BIOst Nr. 28/1997

Summary

Introductory Remarks

In terms of learning to live with a communist past, Lithuania is a special case not only in that the post-communist party was the strongest political force in the country between 1992 and 1996 but also by virtue of the specifically national components that smoothed this party's way to power in a democratic election. Since the 50s at the latest, it is true to say that the LCP underwent a process of Lithuanianization; since that time, the proportion of Lithuanians among the party members has consistently been about 80 %. At the same time, the ratio of party members to the overall population was below the average for the Union as a whole (5.25 % of the population in the LSSR, Soviet Union average 6.25 %).

The Lithuanian Communist Party was the first communist party in the Soviet Union to declare itself independent of the CPSU and sovereign (at the XXth Party Congress of the LCP, held from 19th to 23rd December 1989). 855 of 1,038 delegates voted in favour of disassociation from the CPSU, thus clearly demonstrating that the party regarded itself as a Lithuanian political organisation; by the time Sajudis won the first multiparty election in March 1990, the LCP had established a reputation in Lithuania public opinion as an – albeit less radical – champion of Lithuanian independence.

The overwhelming victory of the LCP (by now renamed LDDP = Lietuvos demokratinė darbo partija – Lithuanian Democratic Labour Party) in the autumn 1992 elections is thus not to be seen as a return to socialism nor as a rejection of the Lithuanian national idea but is instead attributable to the difficult economic and social situation which was affecting large sections of the population and for which the conservative forces under Vytautas Landsbergis were given the blame. Having been unable to deliver on its electoral promises and having been involved in a series of scandals, the LDDP suffered a resounding defeat in the October 1996 parliamentary elections.

Findings

1. *Juridical response to communist injustice:* The Lithuanian Prosecutor General is still conducting investigations in connection with the attack on Vilnius television station by Russian special troops on 13th January 1991, in the course of which 13 unarmed civilians were murdered. Of the 51 persons charged, only two are in Lithuanian custody. The main

charges relate to the offences enumerated in Articles 68 and 70 of the Lithuanian Penal Code (Art. 68: Instigation to violent infraction of the sovereignty of the Lithuanian Republic; Art. 70: Foundation of anti-constitutional organisations). The two accused were members of the leadership of the wing of the LCP that was loyal to Moscow. The prosecution is in the hands of the Prosecutor General for Organised Crime and Corruption. The trial started in November 1996, with no end yet in sight.

Lithuania has neither a special court for communist crimes nor a parliamentary commission or committee to deal with this topic (for reference to the KGB commission, see below).

2. *Treatment of documents drawn up by the secret services and the ruling communist party:* The documents of the LCP are open to the public and available for historical research. Large inventories are to be found at the Lithuanian State Archive and in the Archive for Social Organisations in Vilnius. The latter incorporates the archives of the LCP. At the regional level access to the local archives is unrestricted. The idea of setting up a special archive consisting of material from the LCP, the Ministry of the Interior and the KGB has in the meantime been dropped. The KGB archive is freely open to users, except for more recent personnel files concerning KGB collaborators.

3. *Employment of former functionaries in the civil service and the academic sphere:* In December 1992 the Lithuanian parliament debated a bill that would have barred known KGB agents and informers from holding senior public office for a certain period. The bill was modified several times but never passed. It was drafted by a commission set up by the Seimas to investigate the activities of the KGB (the commission has in the meantime discontinued its work). Only the deputies elected to the Seimas and to the communal parliaments are subject to a law that would divest them of their seats if they are at any time proven to have collaborated with the KGB.

In the academic world, the chairs for Marxism-Leninism and for Party history have been closed down. The whole system of academic qualification has been changed, providing for a review of the academic merit of dissertations. The resulting social mobility is apparent for instance in the historical sector: many professors at the universities are belonging to the 60s generation. Otherwise, no personnel vetting was performed in the civil service.

4. *Reception of treatment of the past among the public, in the media and the academic world:* The public and academic debate about the Soviet era reveals a number of distinct focal points. The highlights are the first communist occupation in 1940/41 and the Stalin era 1944/45 to 1953.

The demise of the independent Lithuanian state in 1939/40 has been brought back into public awareness by the publication of documents and memoirs. In particular as regards the struggle for independence, these were concerned with refuting the legend of a Lithuanian "revolution" in 1940 and of "voluntary" entry into the Soviet Union. For the first time ever, it is now possible to discuss openly about the actions of the Soviet security forces and the mass deportation of Lithuanian citizens.

The deportations are among the crucial events in the period immediately following the

Second World War. But even more important to public awareness was the description and discussion of the partisan activities, which were pursued on a particularly large scale in Lithuania and continued into the 50s. The "Forest Brothers" fight against the Soviet occupying power continues to constitute the most important topic of debate in connection with the communist era. Countless television reports, newspaper articles and books have appeared on this subject. A serious periodical, "Laisves Kovos Archyvas" (Archive of the Fight for Freedom), is dedicated exclusively to publishing documents and articles on the Lithuanian resistance.

By contrast, there is an almost complete lack of academic works on the nearly 50 years of communist rule that would cast light on how the regime cemented its rule from day to day, on how it selected its cadres, or on social developments. Nor is any major interest in these aspects apparent in the mass media. Thus, with the few exceptions mentioned above, investigative research into the communist period is still in its infancy.

5. *Treatment of monuments and victims:* The symbols of Soviet rule, the statues of Lenin, were taken down everywhere in Lithuania immediately after the failed coup d'état in Moscow in 1991. The Red Army memorials on Lithuanian territory are given only rudimentary care and maintenance. What is to happen to these monuments, some of them of huge proportions (such as the one in Klaipėda, for example) has been and still is the subject of many a regional debate.

In the cemeteries of many villages and small towns there are now memorials for the victims of the Soviet regime, as the remains of many partisans have, since 1989, been exhumed from mass graves in the forests and given a decent burial in ceremonies accompanied by large-scale expressions of public sympathy. In Vilnius itself, mass graves containing the bodies of Lithuanians executed by the NKVD in 1948/49 were discovered during archaeological work on Gediminas' fortress both in 1993 and in 1996. The graves of the civilians murdered in Vilnius in January 1991 also enjoy special status. At the television tower itself there is an "unofficial" memorial which is regularly visited and taken care of by the public. Parts of the barricades at the Lithuanian parliament have also been preserved as a memento.

Outstanding importance attaches to the former KGB building in Vilnius, which is now – after protracted political debates – to be used exclusively as a museum dedicated to the victims of the genocide; this is also where the KGB archives are kept.

Major attention is also being dedicated to the descendants of deported Lithuanians living all over the CIS. The assistance being given to this category of persons by the Lithuanian state enjoys the unanimous support of both the government and the opposition. The Lithuanian Association of Political Prisoners and Deportees (Lietuvos politinių kalinių ir tremtinių sąjunga) even holds three seats in the Seimas.

6. *Between resistance and collaboration:* By virtue of the specifically Lithuanian circumstances as described above, the borderline between resistance and collaboration is fluid and indeed vague. For instance, many of the founding members of Sąjūdis were members of the LCP. The subliminal national orientation of the LCP made it possible for many Lithuanians, especially academics, to join the Party even though they disagreed with the system

of rule. The clear majority that voted for the split with the CPSU and for Lithuanian sovereignty at the XXth Party Congress illustrates this orientation.

Without doubt, large sections of the Lithuanian population harboured reservations against the system: as became apparent as of 1988/89, the events of 1939/40 and 1944/53 had by no means been forgotten. An interpretation contrary to the official portrayal of history had been passed on in a kind of oral tradition. The Catholic Church undoubtedly played a major rôle in this; it was no coincidence that the largest underground newspaper – in clandestine circulation since 1972 – was called the "Chronicle of the Catholic Church". The dissident movement in Lithuania maintained close contacts with their counterparts in Moscow but differed from these in one significant point: its goal was Lithuanian independence.

7. *Appraisal of the successor parties to the LCP:* In December 1989 the LCP had nearly 200,000 members. According to its own figures, today's LDDP numbers more than 8,000 registered followers. In its manifestos the LDDP comes out unequivocally in favour of a democratic state system and describes itself as a "parliamentary, social democratic orientated party that is based on the principles of the socialist international. Its main objective is to set up a democratic state in which human rights are assured and respected". The former communist party expressly acknowledges the continued existence of the independent Lithuanian state of the period between the two world wars and regards itself as a part of that continuity. In the economic field, the LDDP unequivocally upholds the principles of a free market economy but at the same time stresses that it favours a well-thought-out and gradual transition as the best approach to privatisation.

There is no reason to doubt the party's orientation, its intention to use democratic means to achieve its political aims. The party leadership has credibly opted for a democratic course although, to be sure, something of the old mentality remains among the lower cadres.

The party makes hardly any attempt to re-examine its own communist past. The main reason for this is that, from the very beginning, a majority within the party was clearly seen to be in favour of Lithuanian autonomy and later independence. This makes it easy to condemn communism as a Russian "achievement" that was forced upon the Lithuanian people and thus to detract attention from the LCP's own collaboration. Although the opposition regularly attempts in polemic fashion to confront the LDDP with its LCP past, but this approach triggers no great resonance; too decisively had the present LDDP leadership taken Lithuania's side in the dramatic months of 1989 to 1991.